



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Die Regionalpolitik des Bundes



Die Regionalpolitik des Bundes: Darum geht's Seite 4
Die wichtigsten Merkmale der schweizerischen Regionalpolitik Seite 5
Innovation aus eigener Kraft Seite 6
Ticinotransfer – Offene Unternehmenskultur für KMU Seite 8
Marke Graubünden – Bergkanton mit starkem Auftritt Seite 10
Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum bringt neue wirtschaftliche Impulse Seite 12
Mikrotechnologie in der Zentralschweiz Seite 14
Drei Wirtschaftsräume für eine koordinierte Entwicklung Seite 16
Die Bundesämter ziehen an einem Strick Seite 18
Wissen fördert Innovationen in den Regionen Seite 20
Die Spielregeln der regionalpolitischen Förderung Seite 22
Was ein Projekt alles erfüllen muss Seite 23

Impressum

Herausgeber: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Bern
T +41 (0)31 322 28 73, F +41 (0)31 322 27 68
Konzeption und Realisation: Zoebeli Communications AG, Bern
Gestaltung: Triebwerk AG, Luzern
Druck: Druckerei Odermatt AG, Dallenwil
Titelseite: Verkehrshaus der Schweiz, Luzern

Diese Broschüre ist erhältlich in Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch.



Liebe Leserin, lieber Leser

Die ländliche Wirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Land-, Holzwirtschaft und Tourismus befinden sich in einem umfassenden Wandel. Auch die Strukturen in Gewerbe und Industrie verändern sich. Viele Regionen haben die mit dem Strukturwandel verbundenen Chancen erkannt. Sie entwickeln Innovationen, investieren aus eigenen Kräften in neue Wirtschaftsmodelle und suchen gewinnbringende Formen der Zusammenarbeit.

Mit finanziellen Anreizen unterstützt die Regionalpolitik Kantone und Regionen bei der Bewältigung des Strukturwandels. Wohlverstanden: Gefragt sind Eigenleistungen, und zwar von der Idee bis zur Finanzierung von Projekten. Der Bund kann die Anfangsphase eines Projekts unterstützen. Für den langfristigen Erfolg sind die Regionen und die Projektträger selber verantwortlich. Basis dafür ist die Orientierung an den Voraussetzungen und Bedingungen des Marktes. Eine zentrale Rolle spielt dabei der Vertrieb von Gütern und Dienstleistungen über Regions-, Kantons- und nationale Grenzen hinweg. Wie die ganze Schweiz leben auch die einzelnen Regionen vom Export.

Regionen haben nur dann wirtschaftliche Überlebenschancen, wenn sie sich auf ihre Stärken konzentrieren. Hier ein bisschen Tourismus, da etwas Gewerbe, dort ein wenig Dienstleistung – ohne klare Strategie verschwenden die Beteiligten nur ihre Kräfte. Die Regionen sind gut beraten, wirtschaftliche Schwerpunkte zu setzen. Bestehende Unternehmen bilden den Anfang einer Spezialisierung, landschaftliche Attraktionen sind die Basis für neue Tourismusmodelle und stark besiedelte Gebiete werden weiter als Wohnflächen gefördert.

Die bisher umgesetzten Arbeiten der Regionalpolitik stimmen mich optimistisch. In zahlreichen Projekten haben die Beteiligten den Mut gezeigt, veraltete Denkmuster zu hinterfragen und innovative Ideen zu entwickeln. Sie haben bewiesen, dass in der Schweiz auch die ländlichen Regionen eine wirtschaftliche Zukunft haben. Allen in der Regionalpolitik engagierten Arbeitsgruppen und Fachstellen wünsche ich weiterhin viel Erfolg.

Die Vorsteherin des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements (EVD)
Doris Leuthard

Die Regionalpolitik des Bundes: Darum geht's

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Schweiz haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Diesen Strukturwandel zu bewältigen, ist für Berggebiete und ländliche Regionen oft schwieriger als für die starken Zentren. Mit der Regionalpolitik unterstützt der Bund deshalb die Gebiete im ländlichen Raum, im Berggebiet und an der Landesgrenze bei der Umsetzung ihrer Entwicklungsprogramme. Regie führen dabei die Kantone: Gemeinsam mit den betroffenen Regionen entwickeln sie Strategien zur Stärkung der Wirtschaft.

Mit seiner Regionalpolitik will der Bund die Standortvoraussetzungen für unternehmerische Tätigkeiten in Berg- und Rand- sowie in Grenzregionen stärken. Dabei geht es in keiner Weise darum, veraltete Strukturen mit Hilfe von Bundesgeldern künstlich am Leben zu erhalten. Im Gegenteil: Regionen sollen sich aus eigener Kraft entwickeln. Und dazu müssen sie sich auf ihre Stärken besinnen. Was macht sie einzigartig? Wie können qualifizierte junge Menschen dazu motiviert werden, sich in ihrer Region unternehmerisch zu engagieren? Welche bestehenden Infrastrukturen können noch gewinnbringender genutzt werden? Wie können Dienstleistungen und Produkte über regionale und kantonale Grenzen hinaus vermarktet werden? Und für welche ihrer Angebote besteht tatsächlich eine Nachfrage?

Der Aufbau einer starken ländlichen Wirtschaft braucht in erster Linie Unternehmer,

die über die Branchen hinweg an einen Tisch sitzen, um gemeinsam die möglichen Wirtschaftsstrategien zu entwickeln. Verwaltung und Wirtschaft müssen an einem Strick ziehen und dürfen nicht vor neuen Trends zurückschrecken. Berufsleute sollen sich in den Randregionen vor Ort aus- und weiterbilden können. Kooperationen zwischen Bildungssystemen sowie Partnerschaften zwischen öffentlichen Institutionen und Privaten sollen dafür sorgen, dass das nötige Know-how auch praxisnah vermittelt wird.

In seinem Programm für die Jahre 2008 bis 2015 zeigt der Bund auf, was er direkt fördern will: zum Beispiel den Aufbau von überregional und international ausgerichteten Wertschöpfungssystemen oder einen auf die Bedürfnisse der Gäste ausgerichteten, umweltfreundlichen Tourismus. Weitere Förderthemen sind Energie-, Wald- und Landwirtschaft sowie die Bildung. In diesen Bereichen verfügen die ländlichen Regionen und Berggebiete über die grössten Entwicklungschancen.

Die Idee der Regionalpolitik ist einfach: Der Bund unterstützt Regionen dann, wenn sie aus eigener Kraft Ideen entwickeln und selber Projekte auf die Beine stellen. Die Kantone spielen bei der Konzeption, Finanzierung und Umsetzung eine Schlüsselrolle. Zentral ist zudem die Abstimmung der Regionalpolitik auf die Aufgaben der Bundesämter, die sich ebenfalls mit Fragen ländlicher Regionen und der Berggebiete beschäftigen. Die Bundesstellen pflegen im Rahmen der Regionalpolitik untereinander sowie mit in- und ausländischen Institutionen eine enge Zusammenarbeit.

Die drei Ausrichtungen der Regionalpolitik

Die Regionalpolitik basiert auf drei verschiedenen, sich ergänzenden Ausrichtungen.

Ausrichtung 1: Gestärkte Wirtschaft in den Regionen

Hauptpfeiler der Regionalpolitik ist die Ausrichtung 1. Mit ihr fördert der Bund die Entwicklung von Innovationen und eine auf den Markt ausgerichtete Wirtschaft. Ziele sind die Steigerung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und die Anpassung der Regionen an die Bedingungen der Globalisierung. Die Ausrichtung umfasst die direkte Förderung von Initiativen, Projekten und Programmen. Die Hauptrolle spielen dabei die Kantone und Regionen (vgl. Seite 6).

Ausrichtung 2: Koordination der Regionalpolitik mit den Bundesämtern

Die Ausrichtung 2 stärkt die Abstimmung der Regionalpolitik auf die Tätigkeiten von Bundesämtern, die sich ebenfalls mit Anliegen des ländlichen Raums befassen. Kantone und Regionen profitieren von den dabei entstehenden Synergien. Die wichtigsten Partner sind die Innovations-, Bildungs-, Agrar-, Umwelt-, Energie-, Tourismus- und KMU-Politik sowie die Standortförderung (vgl. Seite 18).

Ausrichtung 3: Know-how für die Regionalpolitik und ihre Mitspieler

Ausrichtung 3 begleitet die Umsetzung der Ausrichtungen 1 und 2. Ziel ist die Sammlung und Aufbereitung von Wissen zum Thema «Regionalentwicklung». Gleichzeitig sollen die verantwortlichen Personen auch fähig sein, dieses Wissen direkt für die Entwicklung, Realisierung und Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen zu nutzen (vgl. Seite 20).



Die wichtigsten Merkmale der schweizerischen Regionalpolitik

Die Regionalpolitik unterstützt die Anpassung der ländlichen Regionen an die globalisierte Wirtschaft.

In jedem Dorf ein paar Skilifte, ein wenig Industrie und Gewerbe – wirtschaftlicher Wildwuchs ohne Gesamtkonzept gefährdet die Überlebensfähigkeit ganzer Regionen und ist nicht im Sinne der Regionalpolitik. Gemeinsam mit den Kantonen sollen Regionen sinnvolle Schwerpunkte setzen und diese koordiniert ausbauen.

Die Regionalpolitik unterstützt exportorientierte Wertschöpfungs-systeme.

Ziele der Regionalpolitik sind wettbewerbsfähige, überregionale, überkantonale oder internationale Wertschöpfungs-systeme. Ein Beispiel dafür sind Netzwerke entlang der Wertschöpfungskette Holz: Von der Waldbewirtschaftung im Entlebuch bis zur Vermarktung des fertigen Parketts im Ausland entstehen zahlreiche Arbeitsplätze unterschiedlichster Ausprägung. Dazu kommt die Zusammenarbeit mit Fachhochschulen und der Verwaltung. Wertschöpfungs-systeme dieser Art wirken als volkswirtschaftliche Motoren mit Multiplikatoreneffekt und ermöglichen Zulieferleistungen.

Die Regionalpolitik berücksichtigt die Gesetze des Marktes.

Der Bund unterstützt vor allem Projekte, an denen sich auch Partner aus der Privatwirtschaft beteiligen. Dieser Grundsatz stellt sicher, dass Angebote gefördert werden, die wirtschaftlich interessant sind und für die auch tatsächlich eine Nachfrage besteht.

Die regionalen Zentren bilden die Entwicklungsmotoren.

Die Regionalpolitik wirkt im Berggebiet, im weiteren ländlichen Raum und in Grenzregionen. Dieser Strategie sind jedoch Grenzen gesetzt. Ländliche Regionen funktionieren nur mit starken Zentren. Beispiele dafür sind das Wallis mit Sitten, Brig, Naters oder Visp; der Jurabogen mit Delsberg und Neuenburg; Graubünden mit Davos, St. Moritz oder Chur. Die Regionalpolitik ermöglicht Kooperationen zwischen den regionalen Zentren und ihren umliegenden Gebieten.

Wer setzt die Regionalpolitik in die Praxis um?

Ausgangspunkt für die konkrete Umsetzung der Regionalpolitik ist das Mehrjahresprogramm des Bundes 2008–2015. In Abstimmung mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft SECO definieren Kantone und Regionen die detaillierten Umsetzungsprogramme. Der Bund beurteilt nur die strategische Grundausrichtung der von den Kantonen gewünschten Entwicklung. Die Verantwortung für die Umsetzung der Ausrichtung 1 tragen die Kantone. Der Bund trägt die Verantwortung für die Ausrichtungen 2 und 3.

Welche Bedeutung haben umweltpolitische Anliegen?

Die Regionalpolitik fördert ausschliesslich Projekte, die sich mit der nachhaltigen Entwicklung der Regionen vereinbaren lassen.

Ist die Förderung von grenzübergreifenden Projekten im Rahmen der Regionalpolitik möglich?

Im Rahmen der Umsetzungsprogramme können auch grenzübergreifende Projekte lanciert werden.



Innovation aus eigener Kraft

Mit der Ausrichtung 1 unterstützt der Bund die Strategien und Projekte, mit denen die Kantone ihre Wirtschaft ankurbeln. Statt in gut gemeinten Einzelaktionen Energie zu verpuffen, setzen regionale Unternehmen und Institutionen dabei auf Teamwork. Sie blicken über den eigenen Gartenzaun hinaus und orientieren sich an überregionalen, nationalen und internationalen Märkten.

Die Ausrichtung 1 ist das Herz der Regionalpolitik. In deren Rahmen entscheiden die Kantone über ihre Entwicklungspolitik und bestimmen, welche Vorhaben gefördert werden sollen. Die Zusammenarbeit mit den Regionen ist dabei besonders wichtig. In Projektteams erarbeiten die Kantone gemeinsam konkrete Strategien zur Förderung der regionalen Wirtschaft.

Diese Räume erhalten Unterstützung

Projekte, die mit der Regionalpolitik gefördert werden, müssen ihre Wirkung in Berggebieten, ländlichen Regionen und Grenzregionen entfalten. Die fünf grössten Agglomerationen Zürich, Genf, Basel, Bern und Lausanne

erhalten keine finanzielle Unterstützung. Sie verfügen über andere Möglichkeiten, ihre Wirtschaft zu stärken.

Grenzen überwinden

Eine Leitidee der Regionalpolitik ist das Überwinden von Grenzen, sei dies zwischen Berggebiet und Tal, Stadt und Land oder zwischen der Schweiz und einem Nachbarland. Ob ein Arbeitnehmer in der französischen oder in der Schweizer Agglomeration von Genf lebt, ist für seine Lebensqualität letztlich weniger entscheidend als ein einfacher grenzüberschreitender Zugang zum Arbeitsmarkt. Der Bund engagiert sich deshalb für die Fortsetzung der bisherigen europäischen territorialen Zusammenarbeit. In deren Rahmen arbeiten Regionen verschiedener Länder über die Landesgrenzen hinweg an gemeinsamen Projekten. Dabei kooperieren die Kantone mit dem Bund. Zudem engagiert sich der Bund für die bilaterale Zusammenarbeit mit den Schweizer Nachbarländern. Ziel dieser grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Kooperationen sind wettbewerbsfähige regionale Wirtschaftsstandorte.

Diese Ideen und Projekte erhalten Unterstützung

Auf der Suche nach geeigneten Wirtschaftsstrategien nehmen Kantone ihre vorhan-

denen Ressourcen kritisch unter die Lupe. Projektideen entstehen nicht aus heiterem Himmel. Die Regionen konzentrieren sich auf ihre bestehenden wirtschaftlichen Stärken – zum Beispiel auf einen grosszügig vorhandenen Rohstoff wie Wasser, Holz oder Stein, eine touristische Attraktion oder die örtlich ansässige Industrie. Eine Region setzt auf den Tourismus, eine andere investiert in die Unterstützung der Industrie. So entwickeln sich nicht alle Gebiete in allen Bereichen gleich stark. In den einzelnen Regionen liegt das Schwergewicht jeweils auf jenen Ressourcen mit den grössten Potenzialen, die Wirtschaft anzukurbeln und hoch qualifizierte Arbeitnehmende anzuziehen. Gut ausgebildete Arbeitskräfte spielen im internationalen Wettbewerb eine entscheidende Rolle.

Entwicklungsstrategien entstehen ausgehend von folgenden Bereichen:

Industrie

Im Umkreis von Schaffhausen liegen nicht weniger als 30 internationale Konzerne. Mit der Lancierung eines Masterstudiengangs für Verpackungstechnologie in der Gemeinde Neuhausen setzte ein regionalpolitisch engagiertes Projektteam ein erstes, wichtiges Puzzleteil für einen künftigen Verpackungscluster in der Region. Im Bergell vereint das Projekt puntoBregaglia verschiedene Unternehmen in einem Gebäudekomplex. Es fördert damit die räumliche Nähe von Unternehmen und den Austausch von Wissen und Erfahrung. Solche wirtschaftliche Netzwerke lösen bei Unternehmen und Institutionen Kettenreaktionen aus, die regionale, kantonale und nationale Grenzen sprengen.

Tourismus

Schliessen sich verschiedene Destinationen unter einer Marke zusammen, werden sie im In- und Ausland besser wahrgenommen. Ein Beispiel dafür ist die Dachmarke Graubünden samt Steinbocklogo. Die Beteiligten setzen die Marke zudem über den Tourismus hinaus zur Vermarktung regionaler Produkte und Dienstleistungen ein.

Als grosse Destination fällt es touristischen Anbietern leichter, Grossprojekte wie Thermalbäder oder Kongresseinrichtungen erfolgreich zu realisieren. Die Regionalpolitik unterstützt zudem auch die Zusammenarbeit von Destinationen mit Partner-Regionen im Ausland.

Bildung und Gesundheit

Qualifizierte Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung und Gesundheit stärken den regionalen Arbeitsmarkt. Am erfolgversprechendsten ist es, wenn die verschiedenen Institutionen zusammenarbeiten. Bereits in den 1980er Jahren entstand in den Freibergen die Idee für das Rehabilitationszentrum Le Noirmont. Das medizinische Angebot zieht jährlich rund tausend Patienten in die Region und sichert so attraktive Arbeitsplätze.

Energie

Energie gehört zu den wichtigen Exportgütern der ländlichen Regionen. Im Bereich Alternativenenergien eröffnen sich kleinen und mittleren Unternehmen neue Märkte. Voraussetzungen sind hohe Spezialisierung, gegenseitiger Austausch und Weiterbildung. In Luzern will sich zum Beispiel das Holzgewerbe neu positionieren. Dabei spielt der Werkstoff Holz als Energieträger eine wichtige Rolle. Am Projekt «Mehrwert Holz» beteiligen sich Unternehmen aus der ganzen Branche.

Natürliche Ressourcen

Die naturnahe Pflege von Landschaften kann eine Region wirtschaftlich weiterbringen. Öffentliche und private Investoren entwickeln ein gemeinsames Konzept. Beispiel dafür ist die Einbindung von Tourismus, Landwirtschaft und Gewerbe in die Vermarktung eines Naturparks oder Biosphärenreservates. Das Biosphärenreservat Entlebuch lockt Touristen mit aussergewöhnlichen Mooren, Blumenwiesen und Pilzbeständen. Lebensmittelproduzenten, Sägereien und Hotels vermarkten sich unter dem Label des Biosphärenreservates.

Agrarwirtschaft

Die Entwicklung und Vermarktung innovativer Nischenprodukte erfordert die enge Zusammenarbeit zwischen lokalen und überregionalen Mitspielern und die Berücksichtigung globaler Marktentwicklungen. In den Walliser Tälern werden seit je Bergkräuter geerntet, um daraus Arzneimittel und Getränke herzustellen. Das Projekt «Phytoark» will dieses wirtschaftliche Potenzial besser ausschöpfen. Ein neu gebautes Kompetenzzentrum funktioniert dabei als Bindeglied zwischen Produzenten, Forschungszentren und Industrie.

Erhalten Seilbahnen Unterstützung?

Unter gewissen Voraussetzungen ist es möglich, dass der Bund die Erneuerung einer veralteten Anlage unterstützt. Dabei muss diese aber ein wichtiger Bestandteil einer übergeordneten Entwicklungsstrategie sein und die regionale Wirtschaft stärken. Die Regionalpolitik konzentriert sich auf Schlüsselprojekte in der Entwicklung einer Region.

Fördert die Regionalpolitik kulturell ausgerichtete Projekte?

Im Vordergrund der Regionalpolitik steht die Wirtschaft. Musik- und Theaterfestivals sind heute jedoch wirtschaftliche Grossanlässe. Wenn die grenzüberschreitenden kulturellen Projekte die Wirtschaft einer Region unterstützen, können sie auch in Zukunft mit Bundesgeldern gefördert werden. Wichtig ist dabei die klare Abgrenzung zu anderen Politikbereichen. Für die Kulturförderung ist das Bundesamt für Kultur zuständig, wobei lokale Kulturanlässe in der Regel nicht zu den Bundesaufgaben gehören.

Ticinotransfer – Offene Unternehmenskultur für KMU

In enger Zusammenarbeit mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) unterstützen die Akteure des Netzwerkes Ticinotransfer die Entwicklung einer flexiblen Unternehmenskultur und die Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstitutionen und regionalen Betrieben.

Kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fehlen oft die nötigen Voraussetzungen und Ressourcen, um Innovationsprozesse aus eigener Kraft in Gang zu setzen. Das Netzwerk Ticinotransfer motiviert Unternehmen zur Zusammenarbeit mit Forschungsinstitutionen und fördert so eine innovative Wirtschaft in der italienischen Schweiz, im italienischsprachigen Graubünden und im Oberwallis. Die Netzwerkkoordination liegt bei der Fachhochschule der italienischen Schweiz (SUPSI) und der Universität der italienischen Schweiz (USI).

Gezielte Suche nach Partnern

Die Akteure von Ticinotransfer suchen KMU aktiv und persönlich auf und sensibilisieren deren Verantwortliche für die Vorteile von Kooperationen mit Forschungsinstitutionen und Partnerbetrieben. Gemeinsam werden die Chancen und Risiken des Unternehmens diskutiert. Zeichnen sich daraus Kooperati-

onsmöglichkeiten ab, stellt Ticinotransfer direkt den Kontakt zur geeigneten Forschungsinstitution her. In Frage kommen die Forschungsinstitute der USI und der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) sowie Institute der SUPSI für angewandte Forschung. Institute der Fachhochschulen und andere Forschungsstätten der ganzen Schweiz werden bei Bedarf hinzugezogen.

Die Leitung der Zusammenarbeit liegt jeweils beim KMU, von der Zusammenarbeit profitieren jedoch auch Forschungsinstitutionen. Der Schutz von geistigem Eigentum wird gemeinsam mit den Beratern von Ticinotransfer geregelt.

Um Schwellenängste bei den KMU abzubauen, richteten die Projektakteure mehrere Anlaufstellen jenseits der Forschungsbetriebe ein. Als Schnittstelle dienen zum Beispiel die Industrie- und Handelskammer des Kantons Tessin, der Tessiner Industrieverband und das Tessiner Wirtschafts- und Finanzdepartement.

Über die Landesgrenzen hinaus

Auch Know-how aus dem angrenzenden Ausland fließt ins Netzwerk, so zum Beispiel Erkenntnisse der in der Lombardei ansässigen Kunststoff- oder Textilindustrie. Gleichzeitig profitieren italienische und Schweizer KMU von grenzüberschreitenden Partnerschaften.

Ticinotransfer ist ein autonomes Teilprojekt des vom Bund lancierten Wissens- und Technologietransfers WTT und Mitglied des Westschweizer Konsortiums Alliance.





«Städte sind wichtige Motoren»

Wo sehen Sie im Tessin Potenziale für überregionale industrielle Wertschöpfungs-systeme?

Die Naturstein- und Holzindustrie, die Lebensmittelproduktion und der Wellness-Sektor sind besonders erfolgsversprechend. In der Naturstein- und Holzindustrie sowie bei der Produktion der erneuerbaren Energien fördern wir die gesamte Wertschöpfungskette, von der Forschung bis hin zur Vermarktung neuer Produkte.

Welches Verhältnis besteht zwischen Stadt und Land?

Lugano ist zum wirtschaftlichen Zentrum des Tessins geworden. Nach zahlreichen Fusionen, die in der Vergangenheit stattgefunden haben, verfügt Lugano heute über eine ansehnliche Grösse und ist eine Stadt von nationaler Bedeutung. Das Luganese wächst schneller als Bellinzona, Locarno oder das Mendrisiotto. Die Städte sind wichtige Motoren für die ganze Region, und die Stärke einer Agglomeration hängt jeweils von der Antriebskraft der Zentrumsstadt ab. In den vergangenen Jahren haben wir die Anzahl Gemeinden von 250 auf 190 reduziert. Ziel ist eine weitere Reduktion auf 115 Gemeinden. Wir wollen im ganzen Kanton gestärkte Gemeinden mit genügend finanziellen und personellen Ressourcen, die selber Entwicklungsprojekte lancieren.

Ein weiterer Schwerpunkt der Regionalpolitik ist die Vermittlung von Wissen. Welche Strategien bestehen diesbezüglich im Kanton Tessin?

Mit dem Aufbau der Università della Svizzera italiana (USI) und der Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana (SUPSI) verfügen wir über gute Ausgangsbedingungen. In den kommenden Jahren wollen wir diese

Institutionen noch besser für die Vermittlung von regionalpolitisch relevanten Themen einsetzen. Denkbar wäre zum Beispiel der Aufbau eines Bildungs- und Kompetenzzentrums zur Regionalentwicklung mit einer Ausstrahlungskraft, die über den Kanton hinausreicht.

Der Süden der Schweiz ist eine wichtige internationale Tourismusdestination. Welche Rolle spielen Feriengäste in der Zukunft des Tessins?

Die kantonalen Förderschwerpunkte des Tessins sind noch nicht definitiv bestimmt. Der Tourismus stand bisher nicht im Zentrum der Regionalentwicklung. Die Stärkung des Tessins als Feriendestination geht über die Instrumente der Regionalpolitik hinaus. Aber auch in Zukunft bleibt der Tourismus ein enorm wichtiger Wirtschaftssektor vor allem für die Regionen.

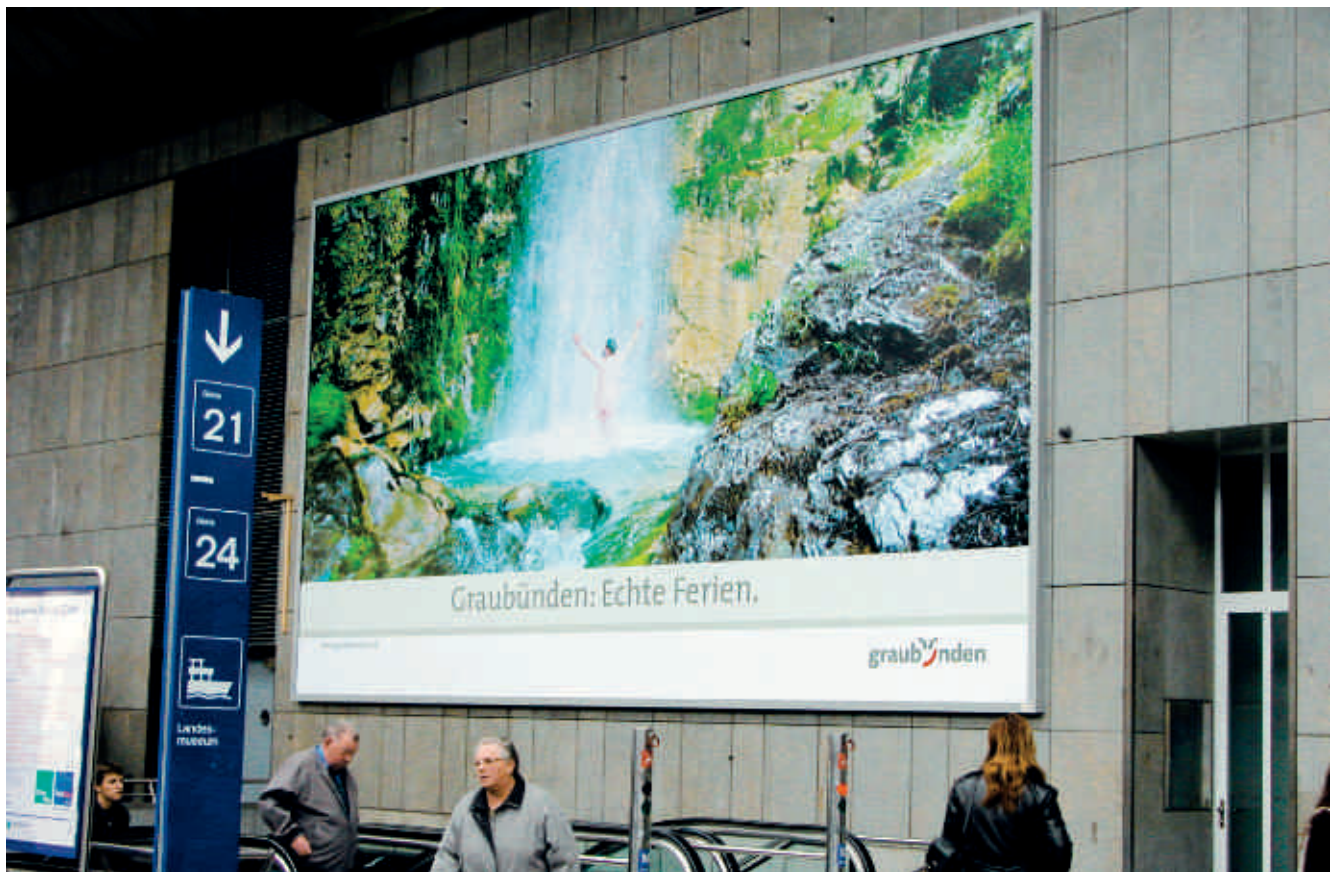


Luigi Pedrazzini,
Staatsrat, Kanton Tessin

Vorwettbewerblicher Bereich

Möglicher Beitrag der Regionalpolitik an ähnliche Projekte

Am Anfang einer blühenden Wirtschaft stehen gute Ideen und die Bereitschaft, unternehmerische Risiken einzugehen. Die Regionalpolitik fördert entsprechende Vorarbeiten. Dazu gehören Projekte, die wie Ticinotransfer Wissen weitervermitteln, Beratungen unterstützen oder das Erarbeiten von konzeptionellen Grundlagen begleiten.



Marke Graubünden – Bergkanton mit starkem Auftritt

Mit einer sorgfältig ausgearbeiteten Marke stärkt der Kanton Graubünden die Wahrnehmung regionaler Produkte und Dienstleistungen im In- und Ausland. Partner aus verschiedenen Leistungsbereichen und Branchen lancieren unter der Dachmarke laufend neue Kooperationen und Angebote.

Innerhalb der Schweizer Grenzen gehört Graubünden zu den bekanntesten Destinationen. Der Auftritt im Ausland ist dagegen eher schwach. Bis ins Jahr 2003 fehlte es dem Kanton an einer umfassenden Marke, die Graubünden in seiner ganzen regionalen, kulturellen und wirtschaftlichen Vielfalt erfasst. Wie in anderen Kantonen hatten es die zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), Institutionen der Regionen und Einzeldestinationen als Einzelkämpfer schwer, die Wahrnehmungsschwelle zu überwinden.

Interaktiver Prozess

Im Jahr 2000 beauftragte die Bündner Regierung ein Team mit Vertretern von «Graubünden Ferien» und aus der Verwaltung mit der Konzeption einer starken Marke und einer

klaren inhaltlichen Positionierung der Region. In einem interaktiven Prozess mit externen Experten sowie Teilnehmern aus Wirtschaft, Politik und Kultur entstanden nacheinander Vision, Mission, Kernwerte und Struktur der Marke. Heute treten die Bereiche Ferien und Freizeit, Produkte, Wirtschaft, Transport, Kultur und Bildung unter einem Dach auf. Visuelles Kennzeichen ist das Logo «Graubünden» mit dem Steinbock-Symbol «Capricorn».

Steinbock als optisches Kennzeichen

Im Laufe des Projekts entstanden Partnerschaften und Angebote, welche die einzelnen Branchen und Lebensbereiche übergreifen. Beispiele sind eine Lebensmittellinie, Bergkäse oder graubündenKULTUR. In den kommenden Monaten und Jahren soll dieses Netzwerk laufend ausgebaut werden. Seit 2006 tritt die Lenzerheide als erste Destination vollständig unter der Marke Graubünden auf. Eine entsprechende Umsetzung läuft zurzeit in Chur. Zudem arbeiten weitere Destinationen an der Integration der Marke.

«Mit der Definition funktionaler Räume konsolidieren wir Kräfte»

Welches sind die Förderschwerpunkte der Regionalpolitik im Kanton Graubünden?

Mit der Definition funktionaler Räume wollen wir unsere Kräfte konsolidieren. Zentrale Themen sind dabei der Tourismus und die Reduktion der ursprünglich 92 Kurvereine auf drei bis vier starke Destinationen. Das Misox fördern wir zum Beispiel als kantonsübergreifenden Wirtschaftsraum mit Bellinzona. Die Industrieorte im bündnerischen Rheintal bilden einen weiteren Wirtschaftsraum.

Wo sehen Sie die wichtigsten Wertschöpfungs-systeme?

Neben dem Tourismus besitzen die Wertschöpfungsketten entlang den Ressourcen Stein und Holz grosses Potenzial. Wasser bildet als Energielieferant, aber auch als Getränk und touristische Attraktion den Kern eines weiteren wichtigen Wertschöpfungs-systems im Kanton Graubünden.

Wo bietet die Regionalpolitik für den Kanton Graubünden die grössten Chancen und Risiken?

Die Regionalpolitik wird hauptsächlich den Talschaften nützen. Natürlich kann sie nicht alle unsere Probleme lösen. Um die Abwanderung zu stoppen, sind wir als Kanton zusätzlich gefordert.

Über welche Strategien verfügen Sie bezüglich Know-how-Transfer?

Wir verfügen im Kanton Graubünden über drei ausgezeichnete Hochschulen: die Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW in Chur, die Swiss School of Tourism and Hospitality in Passugg und die Academia Engiadina in Samedan. Ein wichtiger Schritt für den Kanton wäre die Ansiedlung eines Instituts für angewandte Forschung, inklusive Kooperation mit Vertretern der Produktion. Im Rheintal und im Prättigau verfügen wir über High-tech- und Medizinalunternehmen. Wir fördern die Zusammenarbeit dieser Firmen mit Partnern in Liechtenstein und in St. Gallen.



Hansjörg Trachsel,
Regierungsrat, Departement für Volkswirtschaft und Soziales,
Kanton Graubünden

Betriebsübergreifende Kooperationen

Möglicher Beitrag der Regionalpolitik an ähnliche Projekte

Innovationen sind für einzelne Unternehmen im ländlichen Raum oft zu kostspielig oder mit zu hohen Risiken verbunden. Die Regionalpolitik unterstützt deshalb die Vernetzung und Professionalisierung der einzelnen Akteure – wie zum Beispiel die Tourismusanbieter im Kanton Graubünden.



Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum bringt neue wirtschaftliche Impulse

Mit einem Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für Institutionen und Unternehmen aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Freizeit in Naters will das Oberwallis die regionale Wertschöpfung stärken.

Im Rahmen der kantonalen Entwicklungsstrategie des Wallis erhält die Gemeinde Naters eine wichtige Funktion. Als regionales Zentrum soll es die Wirtschaft im Oberwallis ankurbeln. Mit dem Ziel, die Potenziale der Region besser auszuschöpfen, haben sich Vertreter aus Privatwirtschaft und Verwaltung zu einer Projektgruppe formiert und gemeinsam das Grobkonzept für ein Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum in Naters erarbeitet.

Arbeitsplätze und Steuereinnahmen

Der «Campus für Business, Science und Leisure» soll unterschiedliche Lebensbereiche wertschöpfungsorientiert verknüpfen. Im neuen Gebäudekomplex auf einem heute als Parkplatz benutzten, ehemaligen Industrieareal sollen neben privatwirtschaftlichen Unternehmen auch Organisationen, Tourismusinstitutionen sowie Bildungs- und Freizeitangebote Platz finden. Das Zentrum soll Naters als Wirtschaftsstandort aufwerten und neue Arbeitsplätze schaffen. Zusätzlich erhofft sich die Gemeinde neue Steuereinnahmen durch Firmenansiedlungen und neue interessante Stellenangebote. Ein starkes wirtschaftliches Zen-

trum und eine koordinierte Zusammenarbeit mit den beteiligten Fachhochschulen würden zudem den Tourismus und das Gewerbe im ganzen Oberwallis stärken.

Breite Abstützung

Zurzeit befindet sich das Projekt in der Planungsphase. Es verfügt jedoch bereits über eine breite Abstützung. Zu den Partnern gehören das UNESCO-Welterbe Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn, das Departement für Volkswirtschaft und Raumentwicklung des Kantons Wallis und die Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung. Beteiligt sind auch das Departement für Erziehung, Kultur und Sport, die Fachhochschule Westschweiz Wallis und die Fernfachhochschule Schweiz. Privatinvestoren sollen die marktwirtschaftliche Ausrichtung des Projekts auf lange Sicht sicherstellen.



«Firmen und Forschungsinstitutionen arbeiten eng zusammen»

In welche Richtung entwickelt sich die Wirtschaft des Wallis?

Das Wallis verfügt über zahlreiche Unternehmen in den Bereichen Life Science, Telekommunikation und Industrie. Diese Firmen bilden die Basis für das Zentrum The Ark – ein Vorzeigeprojekt der Wirtschaftsförderung im Kanton Wallis. Firmen und Forschungsinstitutionen arbeiten hier eng zusammen. Die bestehenden Unternehmen und das attraktive Umfeld ziehen weitere Firmen an. Dadurch entstehen neue Arbeitsplätze.

Der Kanton Wallis ist traditionsgemäss ein Tourismuskanton. Welche Entwicklung streben Sie in diesem Bereich an?

Die 140 Verkehrsvereine wollen wir zu neun Tourismusregionen zusammenschliessen. Als grössere Wettbewerbseinheiten haben sie bessere Chancen, sich im nationalen und internationalen Markt zu behaupten.

Hat die Landwirtschaft im Wallis eine Zukunft?

Ja, die Landwirtschaft bleibt wichtig. Mit dem Aufbau von Naturparks und neuen Vermarktungsstrategien für landwirtschaftliche Produkte unterstützt der Kanton Betriebe bei der Anpassung an das sich ändernde Marktumfeld.

Haben Sie diese Schwerpunkte auch geografisch definiert?

Die regionalen Zentren sind im Tal angesiedelt. Brig und Glis sind die Standorte für Teledienstleistungen und Fernstudien, Visp ist der Standort für den Energiebereich und Naters zentrale Anlaufstelle für die Wirtschaftsförderung. Im Unterwallis fokussieren wir auf die Städte Monthey (Biotechnologie), Mar-

tigny und Sierre (Informationstechnologien). Bleiben die Tourismusregionen im Berggebiet: Hier streben wir eine Reduktion auf neun Destinationen an. Gleichzeitig wollen wir die vier bisherigen Oberwalliser Regionen zu einer Region Oberwallis zusammenschliessen. Auch im Unterwallis steht eine Reduktion der vier bisherigen IHG-Regionen an.



*Jean-Michel Cina,
Staatsrat,
Kanton Wallis*

Wertschöpfungsorientierte Infrastrukturen

Möglicher Beitrag der Regionalpolitik an ähnliche Projekte

Die richtige Infrastruktur am richtigen Ort kann wirtschaftliche Impulse auslösen. So verspricht das geplante Zentrum im Wallis die Ansiedlung von zahlreichen Unternehmen. Infrastrukturprojekte sind auch in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Forschung und Tourismus möglich, sofern es sich dabei um Schlüsselprojekte handelt.

Mikrotechnologie in der Zentralschweiz

Ziel der Micro Center Central-Switzerland AG (MCCS) ist die Etablierung der Zentralschweiz als Kompetenzregion für Mikro- und Nanotechnologie. Im Laufe der vom Bund unterstützten Anschubphase formierten sich Forschungs- und Bildungsinstitutionen zu einem überregionalen und internationalen Cluster.

Den konkreten Anstoss für die koordinierte Förderung der Mikrotechnologie in der Zentralschweiz gaben im Jahr 2000 einzelne Unternehmen im Kanton Obwalden. Heute besteht das Micro Center Central-Switzerland (MCCS) aus einem Netzwerk von über einem Dutzend Zentralschweizer Unternehmen sowie Forschungs- und Bildungsinstitutionen.

Zukunftsträchtige Partnerschaft

Bereits im Gründungsjahr fand das MCCS einen starken Partner: Im Rahmen eines Zusammenarbeitsvertrags verpflichtete sich das Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique S.A. (CSEM) in Neuchâtel dazu, ein Kompetenzzentrum in der Zentralschweiz aufzubauen. Die Forschungsaktivitäten werden von den Zentralschweizer Kantonen mitfinanziert.

Heute arbeiten rund 35 Physiker, Ingenieure und Techniker in Alpnach. Für die Entwicklung eines Miniaturroboters erhielt das CSEM den Swiss Technology Award.

Plattform für Mikrotechnologie

Ein zweiter Schwerpunkt des Projekts ist die branchenübergreifende Vernetzung der im Bereich Mikrotechnologie tätigen Unternehmen und Institutionen. Seit 2003 treffen sich deren Vertreter zum regelmässigen Know-how-Austausch. Im Rahmen des «Virtuellen Clusters Mikrotechnologie» arbeiten die Initianten zudem seit 2005 mit dem Technologie-Forum Zug zusammen.

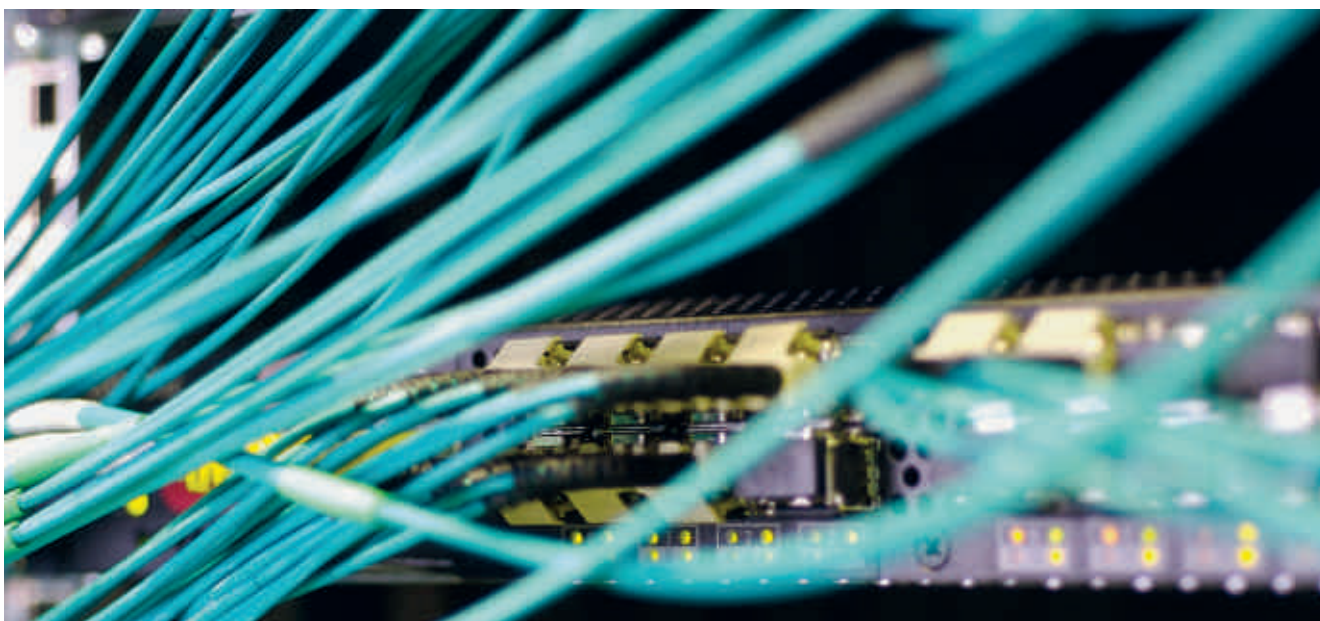
Qualifizierte Berufsleute

Das MCCS initiiert und unterstützt verschiedene Aktivitäten zur Ausbildung von Mitarbeitenden. So wurde in Zusammenarbeit mit Swissmem-Berufsbildung ein zwölf-tägiger Grundlehrgang in Mikrotechnologie konzipiert, welcher einmal jährlich stattfindet. Ein weiteres Angebot ist die wissenschaftliche Vortragsreihe microTalks, an der vierteljährlich jeweils fünfzig bis hundert Personen teilnehmen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Trinationalen Agglomeration Basel

Der im Januar 2007 gegründete «Trinationale Eurodistrict Basel» fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz.

In der Agglomeration Basel leben Menschen aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz über Landesgrenzen hinweg in einem gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum. Raumplanerische, wirtschaftspolitische, aber auch touristische oder bildungspolitische Fragen im Alleingang zu lösen, macht für die einzelnen Länder der Agglomeration keinen Sinn. Eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Städten, Gemeinden und Gebietskörperschaften verspricht mehr Lebensqualität und eine bessere Wettbewerbsfähigkeit. Seit 1997 werden deshalb Projekte für die Entwicklung der Trinationalen Agglomeration Basel durch das Programm Interreg unterstützt. Auch in Zukunft sollen ähnliche Projekte in der Region Oberrhein gefördert werden, und zwar insbesondere in den Bereichen Raumplanung und Stadtentwicklung, aber auch Verkehr oder Gesundheit.



«Das Gärtlidenken muss aufhören»

Mit welchen Strategien fördern Sie die Wirtschaft im Kanton Obwalden?

Wir haben vier Kernbereiche definiert: Obwalden verfügt über zahlreiche Sportbahnen und -anlagen, die von internationalen Athleten benutzt werden. Dieses bestehende Angebot bauen wir weiter aus. Obwalden soll zu einer Kompetenzregion in Sachen Sport werden. Ein zweiter Schwerpunkt ist das Programm «Zentralschweiz innovativ». Damit fördern wir die regionale Wirtschaft mit zahlreichen Teilprojekten, zum Beispiel mit Kooperationen zwischen der angewandten Forschung und der Privatwirtschaft. Drittes Standbein ist der kontinuierliche Ausbau des Micro Center Central-Schweiz. Damit etabliert sich die Zentralschweiz als Kompetenzregion für Mikro- und Nanotechnologie. Ein viertes Thema ist der Tourismus.

Wie sind diese Schwerpunkte geografisch organisiert?

Wir haben die Themen verschiedenen Regionen zugeordnet. Das untere Sarnertal stärken wir als Wirtschaftsstandort. Die Melchsee-Frutt, Engelberg und das Naherholungsgebiet im oberen Kantonsteil sind touristische Schwerpunkte.

Wo sehen Sie die grössten Schwierigkeiten und Chancen für die Umsetzung der Regionalpolitik in Ihrem Kanton?

Die Kleinräumigkeit des Kantons Obwalden bietet grosse Chancen. Die Intimität erleichtert die Kommunikation. Gleichzeitig bremsen uns dieselben Strukturen in unserer Entwicklung. Das Gärtlidenken muss aufhören! Beim Start eines kantonsübergreifenden Projekts sind zwar alle Feuer und Flamme. Zur Sicherung der Finanzierung nach der Anfangsphase brauchen wir jedoch langfristige Partner. Wichtig sind zudem Kooperationen in der ganzen Schweiz und im Ausland.

Ein weiterer Schwerpunkt der Regionalpolitik ist die Vermittlung von Know-how. Welche Strategien bestehen diesbezüglich im Kanton Obwalden?

Dank dem Programm «Zentralschweiz innovativ» haben wir im Bereich Wissenstransfer in den letzten Jahren bereits einiges erreicht. Weiteres Potenzial sehe ich im Micro Center Central-Schweiz. Das hier zusammenlaufende Know-how müssen wir noch besser verbreiten und nutzen. Auch die im Jahr 1998 eingerichtete Anlaufstelle Innovationstransfer Zentralschweiz hat vieles in Bewegung gebracht. Hier erhalten Unternehmen ganz praktische Unterstützung, wie zum Beispiel vorformulierte Anträge für Betriebskredite. Hinter der Anlaufstelle stehen Berufsleute aus der Praxis – die Beratungen sind deshalb immer realitätsbezogen.

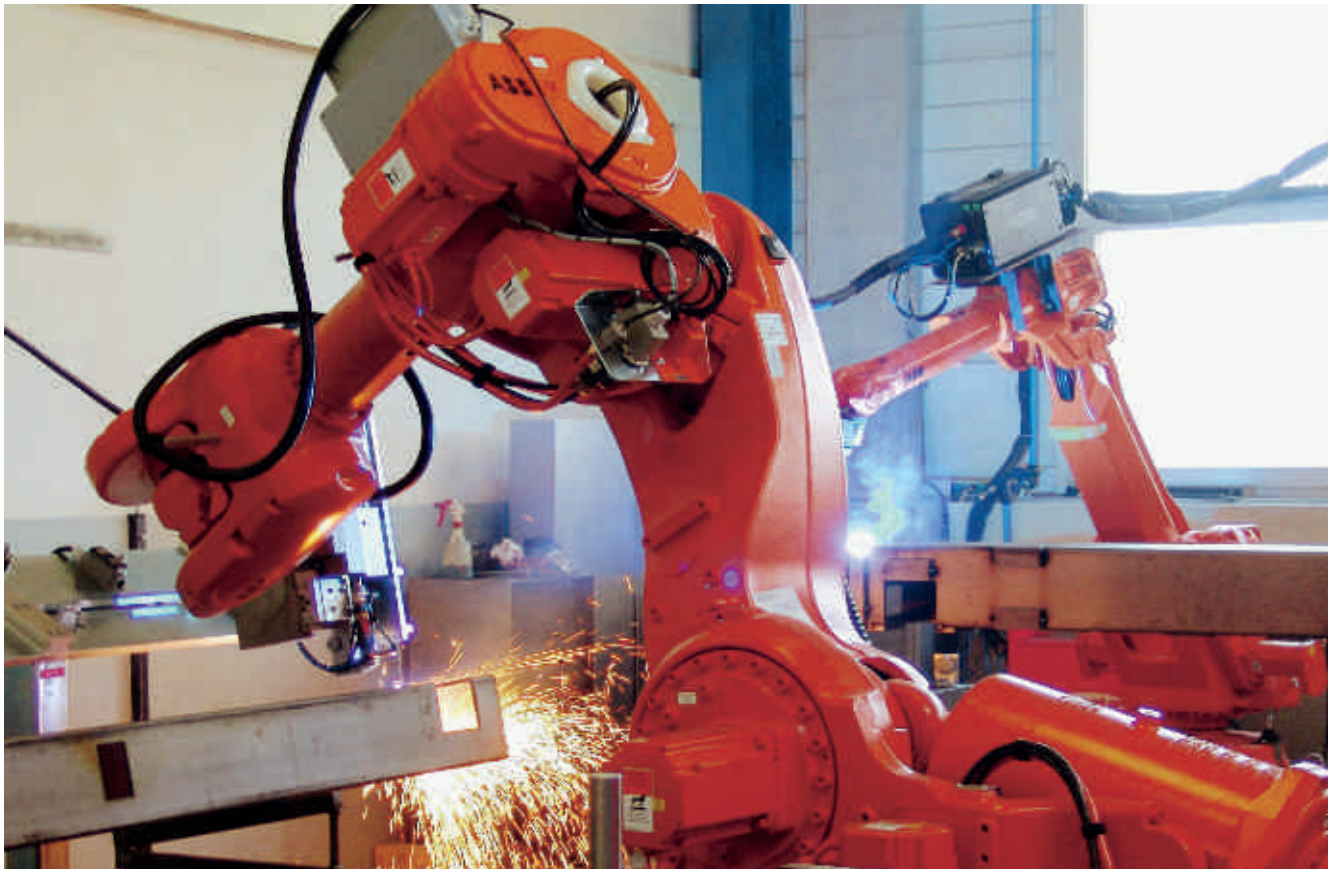


*Niklaus Bleiker,
Regierungsrat,
Kanton Obwalden*

Interregionale und internationale Vernetzung

Möglicher Beitrag der Regionalpolitik an ähnliche Projekte

Die Regionalpolitik fördert Projekte, die über regionale, kantonale und nationale Grenzen hinausreichen. Auch ländliche Unternehmen stehen heute in Konkurrenz mit Firmen rund um den Globus. Auf der anderen Seite bietet die «geschrumpfte Welt» auch Chancen, neue Kooperationen einzugehen. Das in Obwalden entstandene Netzwerk arbeitet mit Wissenschaftlern aus der ganzen Welt zusammen.



Drei Wirtschaftsräume für eine koordinierte Entwicklung

Mit drei klar definierten Wirtschaftsräumen verfügt der Kanton Glarus heute über die Voraussetzungen für eine überregional abgestimmte Wirtschaftspolitik. Die Reorganisation von Aufgaben und Gebietsstrukturen stärkt die Wertschöpfungskraft der Region.

Der Kanton Glarus ist einer der am stärksten unter dem Strukturwandel leidenden Kantone. Der Verlust an Arbeitsplätzen vor allem in der Textilindustrie stellt den Kanton vor spezielle Herausforderungen. Im Jahr 2002 entwickelte der Kanton ein auf die Regionalpolitik ausgerichtetes Rahmenprogramm und lancierte dieses als Pilotprojekt. Ziel war die Stärkung der regionalen Wirtschaft auf der Basis eines gemeinde- und regionenübergreifenden Konzeptes.

Drei Wirtschaftsräume

Als geeignete Strategie erwies sich die Einteilung des Kantons in drei Wirtschaftsräume mit jeweils klar definierter Ausrichtung. Glarus Nord positioniert sich heute unter dem Namen «LinthLand – Dynamic Business Area»

aktiv als national und international ausgerichteter Wirtschaftsraum. Gemeinsames Ziel von Gemeinden, Wirtschaftsförderung und dem Technologiezentrum Linth (TZL) ist die bessere Vermarktung von Glarus Nord als Firmenstandort sowie die koordinierte weitere Standortentwicklung. Glarus Mitte setzt auf den Erhalt des bisherigen Industrie- und Dienstleistungsangebotes. Glarus Süd fokussiert auf den Tourismus und die Stärken als Wohnstandort und will kleinere Unternehmen als Wachstumskerne etablieren. Parallel dazu wirkt die Stadt Glarus als regionales Zentrum mit Stärken im Bereich Dienstleistung.

Gemeindefusion bis ins Jahr 2011

Die aus wirtschaftlichen Überlegungen lancierte Einteilung des Kantons hat weiterführende Prozesse ausgelöst: Im Jahr 2006 entschloss sich die Landsgemeinde Glarus für eine Reduktion der bisher 25 Gemeinden auf drei. Nach der Fusion im Jahr 2011 verlaufen die neuen Gemeindegrenzen deckungsgleich mit jenen der drei Wirtschaftsräume.

«Die Bevölkerung hat mehr Reformwille bewiesen, als die Politik ihr zugetraut hätte»

Was hat die Regionalpolitik im Kanton Glarus bisher erreicht?

In der Vergangenheit haben wir die Lebensbedingungen in der ländlichen Region mit Arbeiten an der Basisinfrastruktur verbessert. Nun konzentrieren wir uns auf die Stärkung unseres wirtschaftlichen Potenzials. Die ersten Erfahrungen mit dem Pilotprojekt Glarus sind gut. Die klare Einteilung des Kantons in verschiedene Entwicklungszonen eröffnet uns grosse Chancen. Nun müssen wir diese aber auch nutzen.

Wie meinen Sie das?

Der Kanton Glarus ist in Bewegung. Die Definition der drei wirtschaftlichen Entwicklungszonen, die Stärkung der regionalen Zentren und die Umsetzung der Gemeindereform – das sind komplexe Prozesse, die wir nun parallel bewältigen müssen.

Wie eng arbeiten Kanton, Gemeinden und Bevölkerung zusammen?

Die Ausgangslage im Kanton Glarus ist aussergewöhnlich. Mit der Landsgemeinde verfügen wir über ein einmaliges Instrument, die Bevölkerung direkt zu Wort kommen zu lassen. Die Einteilung des Kantons in drei Gemeinden wäre sonst bestimmt nicht so schnell möglich gewesen. Die Bevölkerung hat dabei mehr Reformwille bewiesen, als die Politik ihr zugetraut hätte. Bei der Umsetzung der wirtschaftspolitischen Entwicklungsstrategie versuchen wir, eng mit den einzelnen Gemeinden zusammenzuarbeiten. Schliesslich geht es um Entscheidungen, die diese letztendlich tragen müssen.

Wo sehen Sie im Kanton Glarus die grössten wirtschaftlichen Entwicklungschancen?

Die Gemeindereform schafft gute Voraussetzungen. Es ergeben sich zahlreiche Spareffekte; Geld, das wir in die Attraktivität des Standortes investieren können. Mit den vereinfachten Strukturen verfügen wir ganz generell über neue Entwicklungspotenziale. Der Kanton Glarus ist bereits heute ein stark industrialisierter Kanton. Unsere Kernkompetenzen liegen in der Maschinenindustrie, in der Kunststoffverarbeitung und der Elektronik. Daneben wollen wir die als Wohnstandorte definierten Regionen weiter als attraktive Lebensräume pflegen und entwickeln. Kluge Tourismusprojekte sind eine weitere Chance.



Marianne Dürst,
Regierungsrätin,
Kanton Glarus

Institutionen und institutionelle Reformen

Möglicher Beitrag der Regionalpolitik an ähnliche Projekte

Institutionelle Hürden können die wirtschaftliche Entwicklung einer Region behindern. Die Regionalpolitik fördert Projekte, die politische Strukturen und Lebens- oder Wirtschaftsräume miteinander in Einklang bringen. Auch die Definition von Aufgaben oder deren Neuorganisation können im Rahmen der Regionalpolitik unterstützt werden. Die dazu notwendige politische Entscheidung liegt jedoch immer bei den Gemeinden und Kantonen.



Die Bundesämter ziehen an einem Strick

Auf Bundesebene arbeiten die für die Regionalentwicklung massgebenden Ämter eng zusammen. Damit stellen sie sicher, dass sich die verschiedenen Massnahmen der einzelnen Bundesstellen ergänzen statt in die Quere kommen.

Der Bund erfüllt zahlreiche Aufgaben, von denen ländliche Regionen, Berg- oder Grenzgebiete direkt oder indirekt betroffen sind. Diese Funktionen gehen weit über die Regionalpolitik hinaus. Programme in den Bereichen Tourismus, Landwirtschaft, Energie oder Holzindustrie sind nur einige Beispiele für Tätigkeiten des Bundes, die sich auf die Entwicklung ländlicher Regionen auswirken. Wo sinnvoll und möglich, arbeiten die Vertreter der Regionalpolitik deshalb immer mit anderen Bundesstellen zusammen. So vermeiden sie Doppelspurigkeiten oder Widersprüche, ergänzen sich gegenseitig, nutzen Synergien und erhöhen die Wirkung der einzelnen Massnahmen in den Regionen. Zwischen allen Beteiligten bestehen klare Spielregeln, und die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Bundesstellen ist verbindlich geregelt.

Raumentwicklung aus einem Guss

Auch wenn sich verschiedene Ämter daran beteiligen, tritt die räumliche Entwicklungspolitik des Bundes gegenüber den Partnern in den Kantonen und Regionen als Einheit auf. Der Bund stimmt die Regionalpolitik deshalb systematisch auf andere, ähnliche Aufgaben ab. Eine wichtige Partnerin ist dabei die Raumplanung.

Blick über den Gartenzaun

Mit seiner Beteiligung an der europäischen territorialen Zusammenarbeit unterstützt der Bund die Umsetzung von Projekten in extra dafür definierten, grossen, länderübergreifenden Räumen wie dem Alpenraum oder Nordwesteuropa. Im Mittelpunkt stehen aktuelle räumliche Herausforderungen wie zum Beispiel die Grundversorgung in schwach besiedelten Gebieten in den Alpen.

Partner aus Deutschland, Österreich, Italien, Slowenien, Frankreich und der Schweiz entwickelten zum Beispiel gemeinsam innovative Angebote für die Grundversorgung in den beteiligten Regionen. In einem anderen Projekt untersuchen die Partner die Auswirkungen des alpenquerenden Transitverkehrs. In einem weiteren erforschen die Region Twente in den Niederlanden, die Zentralschweiz mit Luzern und Uri sowie die Region Westpfalz in Deutschland die Gründe und Auswirkungen des so genannten Brain Drain – der Abwanderung von hoch qualifizierten Arbeitnehmenden.

Die Beteiligten profitieren dabei von der Arbeit in internationalen Teams. Im gegenseitigen Austausch steigern sie ihre Fachkompetenz und erarbeiten die nötige Vertrauensbasis für die Fortsetzung der europäischen territorialen Zusammenarbeit.

Weitergeben und Nutzen von Wissen

Voraussetzung für Innovationen, einwandfrei funktionierende Organisationen oder florierende Unternehmen sind kompetente Verantwortliche. Der Zugang zu Wissen ist für ländliche Gebiete, Berg- und Grenzregionen ausgesprochen wichtig. Richtig angewandt, fördert es das Wachstum der Wirtschaft. Diese Erkenntnis ist nicht neu, umso schwieriger aber ihre Umsetzung in den Berg-, Land- und Grenzgebieten der Schweiz. Diese Regionen sind oft zu klein, um selber entsprechende Ausbildungs- und Forschungsangebote aufbauen zu können oder um vom direkten Austausch mit Fachhochschulen oder Universitäten zu profitieren. Die Regionalpolitik stimmt sich deshalb mit Programmen und Initiativen des Bundes in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation ab. Fördert der Bund diese Kooperationen mit Geldern aus der Regionalpolitik, sollen ländliche Gebiete von der Massnahme profitieren.



Mehr als Regionalpolitik: In diesen Bereichen arbeiten Bundesstellen Hand in Hand

Tourismus

Bei der Umsetzung der Programme zur Förderung des ländlichen Tourismus berücksichtigt der Bund gleichzeitig die kantonalen und regionalen Strategien der Regionalpolitik. Basis dafür ist die enge Zusammenarbeit zwischen dem schweizweit ausgerichteten Tourismusprogramm innotour des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO und der kantonal ausgerichteten Regionalpolitik.

Landwirtschaft

Günstige Konkurrenzprodukte aus dem Ausland setzen die Schweizer Landwirtschaft unter Zugzwang. Die Reduktion von Direktzahlungen des Bundes an Betriebe macht die Situation nicht einfacher. Damit sind aber auch Chancen verbunden: Gerade Kleinbauern in ländlichen Gebieten und Bergregionen profitieren, wenn sie sich neu orientieren. Die Agrarpolitik benötigt Ausweichmöglichkeiten und innovative Unternehmensmodelle. Diese entstehen unter anderem auch in Zusammenarbeit mit der Regionalpolitik.

Energie

Alles deutet darauf hin, dass die Energiepreise in absehbarer Zeit nicht mehr auf das Niveau der neunziger Jahre sinken werden. Damit steigt das öffentliche Interesse an erneuerbaren Energien. Wasserkraft, Holz, Biomasse, Sonne und Wind sind umweltfreundliche Energieträger, von deren Produktion und Vermarktung ländliche Regionen profitieren können. In Sachen Energiepolitik arbeiten die Akteure der Regionalpolitik Schulter an Schulter mit dem Bundesamt für Energie (BFE), dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) und dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW).

Wald und Holz

Das Ziel des Programms «Schweizer Holz» des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) ist die bessere Nutzung des Schweizer Waldes und die vermehrte Verarbeitung von Holz im Inland. Der Bund erhofft sich davon neue, attraktive Arbeitsplätze. Voraussetzung dafür ist auch hier die Koordination zwischen Vertretern des Bundesamts für Umwelt und der Regionalpolitik.

Landschaft und Umwelt

Im Rahmen des revidierten Natur- und Heimatschutzgesetzes NHG unterstützt das Bundesamt für Umwelt Naturpärke. Damit sind Landschaftsflächen gemeint, die naturnah gepflegt werden und gleichzeitig neue, innovative und umweltfreundliche Unternehmensmodelle zulassen, so zum Beispiel die Entwicklung und Vermarktung regionaler Produkte unter dem Label des Parcs Jurassien Vaudois.



Wissen fördert Innovationen in den Regionen

Die Anforderungen an die Akteure der Regionalpolitik sind hoch. Der Bund unterstützt die Verantwortlichen deshalb mit Angeboten zur gegenseitigen Vernetzung und zum Austausch von Wissen. Auf einer Website erhalten die Akteure Know-how aus Theorie und Praxis sowie Informationen zum aktuellen Geschehen der Regionalpolitik. Die Koordination dieser Massnahmen liegt bei einer ausserhalb der Bundesverwaltung angesiedelten Netzwerkstelle.

Regionale Entwicklungen zu steuern, ist ein komplexes Unterfangen. Bei der Umsetzung ihrer Programme sind die kantonalen und regionalen Akteure stark gefordert. Oft sitzen die unterschiedlichsten Partner an einem Tisch: die Hochschulprofessorin neben dem Regionalsekretär und der Geschäftsführer der Sägerei gegenüber dem Direktor des lokalen Tourismusvereins. Von der Ausformulierung des ersten Projektziels bis zur Endabrechnung nehmen sie zahlreiche kleine und grössere Hürden. Das Erarbeiten eines Konzepts, die Partnersuche, ein striktes Controlling und die Bewältigung unvorhergesehener Rückschläge gehören zum Projektalltag. Mit der Ausrichtung 3 unterstützt der Bund die Akteure der Regionalpolitik bei ihrer Tätigkeit.

Nationale Netzwerkstelle als Drehscheibe

Dreh- und Angelpunkt ist dabei eine ausserhalb der Bundesverwaltung angesiedelte nationale Netzwerkstelle. Sie vernetzt die Akteure der Regionalentwicklung und animiert sie dazu, das breite Unterstützungsangebot des Bundes optimal zu nutzen. Zudem koordiniert die Stelle das bestehende Angebot.

Weiterbildung zu aktuellen Fragen der Regionalentwicklung

Mit einem Weiterbildungsangebot steigert der Bund kontinuierlich die Qualität der Förderarbeiten. Dabei berücksichtigt er Erfahrungen aus der Praxis, aber auch theoretisches Wissen. Im Rampenlicht stehen dabei die Verantwortlichen vor Ort. Sie spielen bei der Aufbereitung von Know-how eine entscheidende Rolle. Angesprochen sind Regionalmanagements- und Regionalsekretariate, Fachstellen von Bund und Kantonen, Parlaments- und Exekutivmitglieder, Verbandsmitglieder, Bildungs- und Beratungseinrichtungen, Wissensinstitutionen und viele andere mehr.

Aus der Praxis für die Praxis

Praktiker bereiten in Arbeitsgruppen strategisch wichtige Themen und allgemeine Aspekte der Regionalpolitik so auf, dass die Erkenntnisse rasch in die Praxis zurückfliessen. Mögliche Inhalte sind zum Beispiel Strategien für touristische Transportanlagen oder die Chancen des naturnahen Tourismus. Aber auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Entwicklung der Regionen oder Analysen über die Potenziale für industrielle und gewerbliche Ansiedlungen kommen als Themen solcher Gruppen in Frage.

Wissenschaftliche Institutionen vernetzen sich untereinander und mit der Politik

Die Regionalpolitik motiviert die Schweizer Regionalforscher zur engen Zusammenarbeit. Ein aktives Netzwerk der einzelnen Forschungsstellen gewährleistet den gegenseitigen Austausch und schafft Synergien. Die Forschungsstellen verfolgen dabei ihre eigenen akademischen Interessen. Der Bund vergibt jedoch auch gezielt Forschungsaufträge. So profitieren Politik und die mit deren Umsetzung betrauten Personen direkt von den an der Eidgenössischen Technischen Hochschule ETH sowie an Universitäten und Fachhochschulen erarbeiteten wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Informationen per Mausclick

Das Internetportal zur Regionalentwicklung ermöglicht allen interessierten Kreisen den Zugang zu theoretischem und praktischem Wissen. Im gegenseitigen Austausch profitieren die Besucher vom Know-how anderer Regionen. Der Blick in fremde Töpfe lohnt sich: Die Akteure erhalten dabei das nötige Rüstzeug, um Entwicklungsstrategien in ihren eigenen Regionen effizienter umzusetzen.



Die Spielregeln der regionalpolitischen Förderung

In einem Vierjahresprogramm hält der Kanton seine Ziele und Strategien für die Regionalpolitik fest. Davon ausgehend unterzeichnen Bund und Kanton eine Programmvereinbarung, die festhält, wie viel Geld der Bund dem Programm beisteuert. Die Hauptverantwortung für die Umsetzung der Regionalpolitik liegt jedoch beim Kanton. Er entscheidet während der mehrjährigen Umsetzung, welche Projekte unterstützt werden sollen. Dabei wird er vom Bund begleitet.

1. Schritt: Der Kanton definiert ein Umsetzungsprogramm

Der Bund verteilt Gelder nicht nach dem Giesskannenprinzip an die Kantone, um diese für regionalpolitische Anliegen zu motivieren. Im Gegenteil: Am Anfang der Förderung steht die Bereitschaft des Kantons, den Strukturwandel aus eigenen Kräften anzupacken. Dazu braucht er innovative Ideen und überzeugende Konzepte. Der Bund unterstützt den Kanton, wenn sich dieser über seine Entwicklungsziele im Klaren ist und innovative Ideen vorlegen kann. Selbstverständlich arbeitet der Kanton bei der Ausarbeitung seines Umsetzungsprogramms mit den betroffenen Regionen zusammen. Der Kanton überlegt sich zudem, ob er grenzüberschreitend mit Nachbarkantonen oder mit europäischen Ländern zusammenarbeiten will, und integriert entsprechende Strategien in sein Vierjahresprogramm.

2. Schritt: Bund und Kanton schliessen eine Programmvereinbarung ab

Der Bund beurteilt den Antrag und die Qualität der vom Kanton vorgelegten Strategie. Beide Parteien unterzeichnen eine gemeinsame Programmvereinbarung. Diese definiert die Ziele, Massnahmen, Meilensteine und den finanziellen Beitrag von Bund und Kanton.

3. Schritt: Der Kanton setzt seine Strategie um

Während der Programmperiode liegt es in der Hand des Kantons, die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel effizient und wirksam einzusetzen. Die vertraglich vereinbarten Ziele und Meilensteine sowie deren Kontrolle, die jährliche Berichterstattung und Besprechungen sind Eckpfeiler der Zusammenarbeit. Sollten sich die Rahmenbedingungen ändern, können Bund und Kanton den Vertrag gemeinsam anpassen. Werden die Ziele und Meilensteine nicht erreicht, ist auch der Abbruch eines Projekts möglich.

Wie viel Geld investiert der Bund in das Mehrjahresprogramm 2008 bis 2015?

Der Bund bezahlt jährlich durchschnittlich 40 Millionen Franken à fonds perdu. Rund 50 Millionen Franken gibt er für rückzahlbare Darlehen aus. Für die Umsetzung ihrer Programme bezahlen die Kantone mindestens gleich viel wie der Bund. Darüber hinaus erbringen in den meisten Fällen die Projektträger selber Eigenleistungen.

Unterstützt der Bund die Umsetzung von Wohnstandortstrategien?

Im Vordergrund der Regionalpolitik steht die Wirtschaft. Der Bund unterstützt ausschliesslich Projekte, welche die Region als Wirtschaftsstandort stärken. Die Umsetzung von Wohnstandortstrategien kann aus der Sicht einzelner Regionen und Kantone sinnvoll sein. Sie fällt jedoch nicht in den Förderbereich der Regionalpolitik des Bundes.

Unterstützt die Regionalpolitik einzelne Betriebe?

Die Förderung einzelner Unternehmen ist im Rahmen der Regionalpolitik nicht möglich. Die Regionalpolitik fördert Grundlagenarbeiten (vorwettbewerblicher Bereich) und Projekte, von denen mehrere Betriebe, Branchen oder Wertschöpfungsketten profitieren (überbetrieblicher Bereich).



Was ein Projekt alles erfüllen muss

Sachliche Anforderungen	Begründung
Das Projekt entspricht den strategischen Schwerpunkten der übergeordneten Entwicklungsstrategie der Kantone.	Der Bund will keine Giesskannenpolitik. Projekte müssen der von ihm gutgeheissenen Entwicklungsstrategie des Kantons entsprechen. Diese Beschränkung sorgt für eine grössere Wirkung der eingesetzten Fördermittel.
Das Projekt fördert den Export von Gütern und Dienstleistungen aus der Region, dem Kanton oder der Schweiz.	Unternehmen, Organisationen und Institutionen, die Produkte und Dienstleistungen gewinnbringend exportieren, bestimmen den Wohlstand und das Entwicklungspotenzial einer Region. Sie sind zudem Motor für die rein regionale Wirtschaft.
Das Projekt ist innovativ.	Innovation – das bedeutet, neue Dinge zu tun oder Bekanntes anders umzusetzen. Innovationen sind die Treiber wirtschaftlichen Wachstums. Sie entstehen nicht nur in Unternehmen oder in bestimmten Technologien. Auch im institutionellen Umfeld und in jeder Phase eines Prozesses sind Innovationen möglich.
Das Projekt erfüllt aktuelle ökologische und soziale Standards.	Regionales Wirtschaftswachstum ist am dauerhaftesten, wenn es nicht auf Kosten der Umwelt oder einzelner Bevölkerungsgruppen umgesetzt wird.

Methodische Anforderungen	Begründung
Nach der Förderphase steht das Projekt auf einer vom Bund unabhängigen Basis.	Die Regionalpolitik will Regionen, die sich am Markt orientieren.
Das Projekt besitzt eine für die Region angemessene Grösse.	Die Mittel des Bundes sind beschränkt. Er konzentriert sich deshalb auf gute und wichtige Projekte.
Vom Projekt profitieren möglichst viele wirtschaftliche Akteure in einer Region.	Ziel der regionalpolitischen Projekte ist die Förderung der Standortqualität und nicht das Wohlergehen ausgesuchter Unternehmen. Profitieren möglichst viele Akteure von einem Projekt, entstehen laufend weitere wirtschaftliche Impulse auf Nachfrage- und Angebotsseite (Multiplikatorwirkung).
Die regionale Wirtschaft beteiligt sich auch finanziell am Projekt.	Die private Mitfinanzierung ist in der Regel der beste Beweis dafür, dass ein Projekt in der Region akzeptiert ist. Ein Projekt kann zudem nur dann dauerhaft weiter bestehen, wenn es von privaten Geldgebern getragen wird.
Das Projekt unterstützt sinnvolle Reformen.	Die Qualität eines Wirtschaftsstandortes basiert auf zeitgemässen und flexiblen öffentlichen Strukturen. Der Weg dazu führt oft über Reformen.

Räumliche Anforderungen	Begründung
Das Projekt orientiert sich nicht an den in Landkarten eingetragenen institutionalisierten Gebieten, sondern an den tatsächlichen Wirtschaftsräumen – so genannten «funktional zusammenhängenden Räumen».	Oft entsprechen die in Karten eingetragenen Grenzen nicht den wirklichen Wirtschaftsräumen regionaler Unternehmen. In diesen Fällen ist es sinnvoll, die Grenzen im Rahmen von Kooperationen zu überwinden.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Schweiz haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Diesen Strukturwandel zu bewältigen, ist für Berggebiete und ländliche Regionen oft schwieriger als für die starken Zentren. Mit der Regionalpolitik unterstützt der Bund deshalb die Gebiete im ländlichen Raum, im Berggebiet und an der Landesgrenze bei der Umsetzung ihrer Entwicklungsprogramme. Regie führen dabei die Kantone: Gemeinsam mit den betroffenen Regionen entwickeln sie Strategien zur Stärkung der Wirtschaft.

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Regional- und Raumordnungspolitik
Effingerstrasse 27
3003 Bern
T +41 (0)31 322 28 73
F +41 (0)31 322 27 68
www.seco.admin.ch

Bundesamt für Raumentwicklung ARE
Mühlestrasse 2
3063 Ittigen b. Bern
Postadresse: 3003 Bern
T +41 (0)31 322 40 60
F +41 (0)31 322 78 69
www.are.admin.ch